

Medienmitteilung vom 4. Juli 2012

Die Grünen nehmen mit Sorge von der Entwicklung der Kantonsfinanzen Kenntnis

Die Grünen Kanton Bern nehmen mit grosser Sorge von der Trendmeldung zur kantonalen Finanzsituation Kenntnis. Es ist klar, dass heute die Quittung für die verfehlte bürgerliche Steuerpolitik der letzten Jahre präsentiert wird. Die verantwortungslose Steuergesetzrevision von 2010 ist der Hauptgrund für das absehbare Defizit. Zum Glück haben die Stimmberechtigten die Chance, die Fehlentwicklung zu korrigieren.

Die Grünen warnten bei der Beratung der Steuergesetzrevision im Jahr 2010 eindringlich vor den Folgen der nicht finanzierten Steuersenkungen. Die wohlbegründeten Warnungen wurden von der bürgerlichen Mehrheit damals in den Wind geschlagen. Für Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern, stellt die heutige Information des Regierungsrates denn auch „die Rechnung für die verfehlte Steuerpolitik der letzten Jahre“ dar. Das drohende Defizit ist in allererster Linie mit den materiellen Steuersenkungen von 120 Mio. Franken zu erklären (wovon 74 Mio. Franken 2012 wirksam werden).

Angesichts dessen ist für die Grünen klar, dass die Behebung der finanzpolitischen Schiefelage nicht allein mit Leistungsabbau erfolgen kann. Die Grünen werden sich im Rahmen der Abstimmung vom 23. September mit Nachdruck für die Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ und gegen den Volksvorschlag zu den Motorfahrzeugsteuern einsetzen. Auf diese Weise lässt sich der Spardruck spürbar reduzieren. Die Grünen erwarten, dass auch die bürgerlichen Parteien ihre finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen und der verantwortungslosen Motorfahrzeugsteuersenkung entschieden entgegenreten.

Den vom Regierungsrat angekündigten Sparmassnahmen für 2013 und der in Aussicht gestellten Aufgaben- und Strukturüberprüfung per 2014 stehen die Grünen skeptisch gegenüber. Bereits mit dem letztjährigen Sparpaket von 277 Mio. Franken, namentlich dem Lektionenabbau an der Volksschule, den Kürzungen bei Behinderteninstitutionen und dem 80-Mio.-Sparauftrag an die Spitäler, wurde das öffentliche Leistungsangebot arg beeinträchtigt. Der nun vorgeschlagene Abbau von 45 Mio. Franken bei der ärztlichen Weiterbildung erhöht den finanziellen Druck auf die Spitäler zusätzlich und stellt die Behandlungsqualität in Frage. Und die Kürzung der Mittel für Lohnmassnahmen verschlechtert die bereits angeschlagene Konkurrenzfähigkeit des Kantons auf dem Arbeitsmarkt weiter. Die Grünen sind angesichts dessen nur dann bereit, in einen Diskussionsprozess um eine Aufgaben- und Strukturüberprüfung einzusteigen, wenn gleichzeitig nach ertragsseitigen Massnahmen zur Behebung des strukturellen Defizits gesucht wird.

Für weitere Auskünfte:

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern, Tel. 079 379 16 53